

Schäden nach Unwettern steigen stark

57,1 Millionen Euro hat das Land in den vergangenen fünf Jahren an Betroffene gezahlt. Jetzt wird an die Eigenverantwortung appelliert.

Mittersill, Rauris. Rund 7500 Katastrophenfonds-Fälle wurden in den vergangenen fünf Jahren vom Land bearbeitet. 57,1 Millionen Euro wurden in dieser Zeit an Betroffene als Unterstützungsleistung ausbezahlt. Die Fonds-Richtlinien wurden deshalb per 1. Jänner an die geänderten Rahmenbedingungen angepasst (siehe Kasten).

Ein wichtiges Thema bei der Anpassung der Richtlinien im Katastrophenfonds ist die Versicherungsdeckung für Elementarschäden. „Die Praxis zeigt, dass fast jedes Gebäude versichert ist. Allerdings waren die Versicherungssummen oft zu niedrig, besonders in Gefahrenzonen und Überflutungsgebieten“, sagt der ressortzuständige Landesrat Josef Schwaiger (ÖVP): „Gerade dort ist es notwendig, mit den Versicherungsanbietern höhere Deckungssummen zu verhandeln. Die Kosten dafür sind in einem überschaubaren moderaten Bereich, helfen aber nachhaltig.“

Grund für die jetzt nötigen Anpassungen sind die häufiger werdenden Unwetterereignisse. Wurden vor ein paar Jahren noch durchschnittlich rund 1000 Schadensfälle pro Jahr an den Katastrophenfonds des Landes gemeldet, stieg die Zahl zuletzt auf rund 3000 Fälle pro Jahr.

Da die Anpassung von Versicherungsverträgen oft einige Zeit in Anspruch nimmt, steigert der Katastrophenfonds in den nächsten drei Jahren schrittweise die Eigenversicherungssumme: bei Betrieben von 15.000 auf 30.000 Euro und bei privaten Liegenschaften von 7000 auf 15.000 Euro. In der Pflicht sind Private gleichermaßen wie Unternehmen. Denn, und das ist neu: Wiederholen sich Schadensfälle an einem Ort und die Betroffenen haben nach dem Erstschaaden die Versicherungsdeckung nicht entsprechend erhöht, kann der Katastrophenfonds von einer Beihilfe Abstand nehmen. Bei der Sanierung von durch Unwetter beschädig-



Bei Aufräumarbeiten in Mittersill. Scannen Sie den QR-Code, finden Sie ein Video über die Verwüstungen in Rauris 2023. BILD: LMZ/BERNHARD KERN

ten Wegen soll nach den geänderten Richtlinien (gültig mit Jahresbeginn 2024) die Wiederherstellung so erfolgen, dass bei ähnlichen Ereignissen in Zukunft keine Schäden mehr auftreten können. „So können zwar die Sanierungskosten höher ausfallen, in Summe ist es jedoch ein verbesserter Schutz vor weiteren Schäden und damit noch höheren Kosten“, betont Schwaiger.

Neu ist im Katastrophenfonds auch, dass mühevolleres Aufräumen ohne Maschinen besonders anerkannt wird. So werden 60 Prozent Beihilfe gewährt, wenn Schäden nicht maschinell zu beseitigen sind – beispielsweise nach Lawinen- oder Murenabgängen in abgeschiedenen Ge-

bieten. Eine Deckelung gibt es seit dem 1. Jänner bei Fischereischäden. In von Hochwasser betroffenen Gewässern ist die Maximalbeihilfe für den Nachbesatz von Fischen auf 50.000 Euro in zwei Jahren gedeckelt. **vips**

Neue Richtlinien seit 1. Jänner

Steigerung der Eigenversicherungssummen mit schrittweiser Anpassung.

Private müssen sukzessive Versicherungsdeckung erhöhen.

Handarbeit wird besonders anerkannt.

Wegsanierungen erfolgen so, dass künftig keine Schäden mehr auftreten können.

Neben der Soforthilfe braucht es eine kluge Raumordnung

WOCHENSCHAU

Sigrid Scharf



Wasser- und Geröllmassen haben 2023 vor allem im Oberpinzgau, im Gasteiner Tal sowie in Rauris ihre Spuren der Verwüstung hinterlassen. Sie standen bei der Kommissionssitzung des Katastrophenfonds im Mittelpunkt. 154 Anträge kamen aus dem Pinzgau, 77 aus dem Pongau. 30 Anträge betrafen den Lungau, zehn den Tennengau und sieben den Flachgau. Allein die Hochwasser

Ende August summierten sich auf einen Schaden von 7,5 Millionen Euro. Und obwohl viele Gräben verbaut werden, verdoppelt sich der finanzielle Aufwand für den Katastrophenschutz alle zehn Jahre.

Mit den heftiger werdenden Unwettern steigen auch die Ansprüche an die vorwiegend ehrenamtlich tätigen Einsatzorganisationen und die Unterstützungsleistungen von öffentlicher Hand: In der Regel werden rund 30 Prozent des Schadens ersetzt, manchmal auch mehr. 60 Prozent trägt der Bund, 40 Prozent das Land. Dass beide jetzt mehr Eigenverantwortung einfordern,

scheint da eine logische Konsequenz. Nur so bleibt die Soforthilfe schlagkräftig. Denn wenn das Wasser im Keller steht, bleibt keine Zeit zum Zögern. Der Klimawandel als Ursache für Starkregen-Ereignisse wird sich auf regionaler Ebene nicht lösen lassen. Aber: Wo wir bauen, ob wir Ballungsräume verdichten oder stattdessen weiter die grüne Wiese versiegeln, entscheidet sich auf Gemeindeebene. Insofern hält man den Schlüssel – Stichwort: Raumentwicklung – zum Teil auch selbst in der Hand.